

*Christoph Clases, Michael Dick, Tanja Manser & Albert Vollmer (Hrsg.)*

---

# Grenzgänge der Arbeitsforschung

Eine Festschrift für Theo Wehner



PABST SCIENCE PUBLISHERS  
Lengerich

*Kontaktadresse:*  
*Christoph Clases*  
*Fachhochschule Nordwestschweiz*  
*Hochschule für Angewandte Psychologie*  
*Riggenbachstrasse 16*  
*CH-4600 Olten*  
*christoph.clases@fhnw.ch*

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

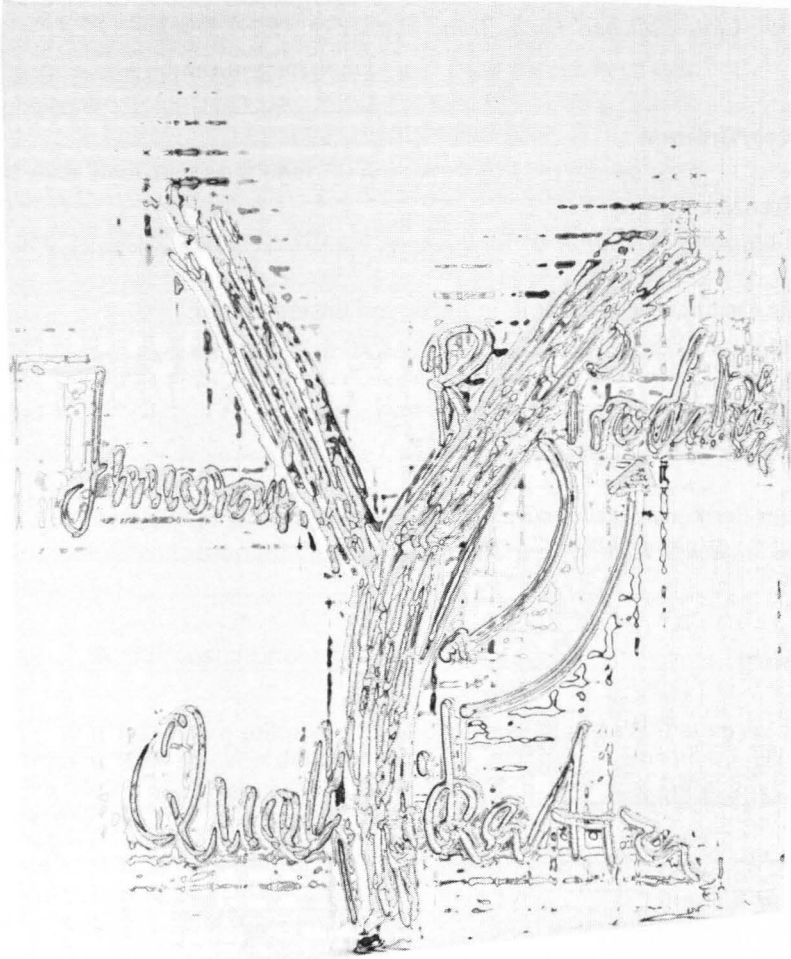
Geschützte Warennamen (Warenzeichen) werden nicht besonders kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann also nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt. Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2014 Pabst Science Publishers, 49525 Lengerich, Germany  
Formatierung: Armin Vahrenhorst

Printed in the EU by booksfactory.de

Print: ISBN 978-3-89967-973-1  
eBook: ISBN 978-3-89967-974-8 ([www.ciando.com](http://www.ciando.com))

für Theo



# Inhaltsverzeichnis

Editorial <i>Christoph Clases, Michael Dick, Tanja Manser &amp; Albert Vollmer</i> .....	9
<b>Münster/Bremen</b> .....	15
Über Grenzen <i>Martin Hildebrand-Nilshon &amp; Falk Seeger</i> .....	17
Über eine irrtümliche Annahme in Bezug auf unsere Fehler <i>Klaus Mehl</i> .....	29
Industrielle Entwicklung – Zukunft der Facharbeit <i>Felix Rauner</i> .....	45
Gestalten der Kunst – Gedanken zu Cy Twombly und Blinky Palermo <i>Michael Stadler &amp; Helmut Reuter</i> .....	71
<b>Hamburg</b> .....	83
Was ist Vertrauen? Warum ist es wichtig und wie sollte man sich damit beschäftigen? <i>Reinhard Bachmann</i> .....	85
Führung als kooperatives Geschehen <i>Christoph Clases</i> .....	92
Was bedeutet Verstehen in den Ingenieurwissenschaften? <i>Wibke Derboven</i> .....	106
Von Masken und Schilden: Authentizität in der Arbeitswelt <i>Michael Dick</i> .....	123
Von den Freiheiten eines Grenzgängers <i>Egon Endres</i> .....	145

Individuelle und vergesellschaftete Erfahrung im Kontext beruflicher Arbeit und Ausbildung <i>Martin Fischer</i> .....	158
Selbstbestimmung, Anerkennung und Professionalität – im Dialog mit Theo Wehner über Humanisierungsvorstellungen in der Arbeitswelt und Gesellschaft <i>Christel Kumbruck &amp; Eva Senghaas-Knobloch</i> .....	173
Erfahrungsgeleitete Büroraumgestaltung – ein Blick zurück nach vorn <i>Hartmut Schulze</i> .....	190
Wie lässt man Innovationen blühen? – Anreizsysteme zu innovativem Handeln <i>Rüdiger von der Weth, Benjamin Krug &amp; Andreas Ehrlich</i> .....	204
<b>Zürich</b> .....	219
Gesundheit in Kontext von Organisation und Gesellschaft <i>Georg F. Bauer, Oliver Hämmig, Gregor J. Jenny &amp; Rebecca Brauchli</i> .....	221
Fehlerfreundlichkeit, Fehlergier und Fehlerangst beim simulationsgestützten Lernen im Gesundheitswesen <i>Peter Dieckmann</i> .....	235
Führungsbrief Nr. 100: Gestaltöffnung <i>Felix Frei</i> .....	247
Des Kaisers neue Kleider – Von der Suche nach persönlichem Sinn im Rahmen organisationaler Heuchelei – das Beispiel der Corporate Social Responsibility <i>Gian-Claudio Gentile, Patricia Wolf &amp; Ralf Wetzel</i> .....	257
Neulands Campus – Nachdenken mit Wissenschaftlern und Praktikern <i>Stefan Groß, Jürgen Sammet &amp; Frank Taschner</i> .....	265
Arbeitssituation und Rückenschmerzen bei lohnabhängigen Erwerbstätigen in der Schweiz <i>Thomas Läubli &amp; Mark Brink</i> .....	271

Zur Korrespondenz von Habitus und Gegenstand <i>Sascha Liebermann</i> .....	288
Erwerbsarbeit – was denn sonst? <i>Ueli Mäder</i> .....	299
Zwischen Standardisierung und ärztlicher Kunst: Führt ein dritter Weg zu mehr Sicherheit? <i>Tanja Manser</i> .....	309
"Zurückgewiesen!": Über Peer Reviews, oder: Das aufschlussreiche Scheitern eines wissenschaftsreflexiven Projekts <i>Harald A. Mieg</i> .....	320
Eine gute gemeinsame Arbeit – Vom Gelingen eines innovativen, (weil) interdisziplinären Forschungsprojektes zur subjektiven Dimension guter Arbeit <i>Gina Möskén</i> .....	329
Konflikte und Macht bei Innovationen <i>Wolfgang Scholl</i> .....	340
Die Herausarbeitung des Neuen entlang von Konflikten <i>Albert Vollmer</i> .....	350
Jenseits von Postdemokratie: Zur Reproduktion bürgerschaftlicher Praxen der Tätigkeitsgesellschaft durch demokratisch regulierte Arbeit <i>Wolfgang G. Weber</i> .....	360
<b>Die Bilderwelt</b> .....	381
Balance, Gleichgewicht und Symmetrie – Anmerkungen zu den Abbildungen von Objekten in diesem Band <i>Ernst Hoff</i> .....	383
Autorinnen und Autoren .....	386

# Erwerbsarbeit – was denn sonst?

*Ueli Mäder*

## 1 Einleitung

Kein Zweifel, die Erwerbsarbeit ist überaus wichtig. Sie generiert Arbeitsplätze, Einkommen und Selbstwert. Aber mit der Verteilung hapert es. Die einen haben viel Arbeit, andere zu wenig Arbeit. Dito bei den Einkommen. Alternativen sind dringlich. Und sinnvoll. Theo Wehner regt an, Erwerbsarbeit und Einkommen zu entkoppeln. Ich knüpfe mit einem Vorschlag daran an.

Mit der einseitigen Abhängigkeit von rigoros liberalisierten Arbeitsmärkten verbreiten sich Erwerbslosigkeit und neue Unsicherheiten. Psychischer Stress und gesundheitliche Schäden zeugen davon. Die Prekarisierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit werfen die Menschen auf sich zurück, die sich dann zurück ziehen. Oder sie flüchten vorwärts und springen von Pontius zu Pilatus, ohne wirklich zu reüssieren. Auch, weil die forcierte Integration in wenig gesicherte Erwerbsarbeit viel Aufwand erfordert und den sozialen Ausschluss verstärken kann.

## 2 Paradigmenwechsel

Zu Beginn der 1970er Jahre registrierte die Schweiz, kurz vor dem Ende der fordistischen Prosperität, rund hundert Arbeitslose. Vollbeschäftigung schien selbstverständlich zu sein. Die Schweiz importierte massenweise Arbeitskräfte aus dem Süden. Das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er Jahre. Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt veranlasste vor allem grosse Unternehmen dazu, die Produktion stark zu rationalisieren, um die Produktivität und Gewinne weiter zu erhöhen. Tausende von Werktätigen verloren ihre Anstellungen. Strukturelle Arbeitslosigkeit verbreitete sich trotz steigendem Reichtum.

Seit Ende der 1980er Jahre verstärken sich Prozesse der Deregulierung und Liberalisierung. Sie lassen die Finanzmärkte expandieren. Zuvor dienten die Finanzinstitute der Realwirtschaft. Mittlerweile ist es umgekehrt: Das finanzkapitalistische Regime dominiert die Realwirtschaft. Es legitimiert auch die zunehmende Kluft bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen. Das Kapital scheint viel wichtiger zu sein als die Arbeit. Was zählt sind die rasche Verwertung des Kapitals und hohe Profite. Seit dem Aufbrechen der Berliner Mauer und des West-Ost-Gegensatzes drängt das Kapital offensiv dorthin, wo es sich optimal vermehren lässt. Ein finanzkapitalistisches Verständnis überlagert das politisch liberale, das Kapital und Arbeit immerhin noch als gleichwertig betrachtete. Dieser Paradigmenwechsel prägt die Dynamik der Erwerbsarbeit.

Heute arbeiten in der Schweiz rund drei Millionen Personen Vollzeit. Hinzu kommen noch einmal halb so viele, die Teilzeit erwerbstätig sind. Sie haben in den letzten dreissig Jahren von rund einem Viertel auf einen Drittel zugenommen (Bundesamt für Statistik 2012, 2013). Unter ihnen sind Frauen besonders häufig vertreten; fast drei Fünftel von ihnen leisten Teilzeitarbeit. Immer mehr Erwerbstätige verrichten eine Arbeit, die nur sehr beschränkt ihren Qualifikationen entspricht. Atypische Beschäftigungsformen verbreiten sich vor allem unter Jugendlichen. Mindestens ein Zehntel der Erwerbstätigen gilt als prekär beschäftigt (Staatssekretariat für Wirtschaft Seco, 2010). Und die prekäre Arbeit steigt weiter an. Hinzu kommen vermehrte Schichtarbeit sowie längere Arbeitszeiten und Arbeitswege. Darunter leiden die Gesundheit und das soziale Leben vieler Arbeitnehmenden. Betriebe weiten ihre Arbeitszeiten oft aus, ohne die Arbeitsstellen zu erhöhen. Damit verschärfen sie den Arbeitsdruck und die Konkurrenz.

### 3 Erwerbslos

Mit der rigorosen Marktöffnung stieg in den 1990er-Jahren die Erwerbslosigkeit auch in der Schweiz an. Ein Schub folgte nach 2008 im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise. So kam das Bundesamt für Statistik im Jahr 2008 auf über 4% Erwerbslose. Seither nehmen sowohl die Kurzarbeit als auch die Langzeitarbeitslosigkeit zu, die nach dem Verkürzen der Bezugsdauer von Leistungen vorübergehend etwas zurückging. Ältere Stellensuchende haben gegenüber jüngeren Arbeitnehmenden ein höheres Risiko, lange arbeitslos oder gar ausgesteuert zu werden. Neue Stellen sind oft mit einem sozialen Abstieg und einem Berufswechsel verbunden. Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verringerte speziell die Leistungen für Jugendliche.

Ausgesteuerte sind für den Lebensunterhalt stark vom sozialen Umfeld abhängig. Über zwei Fünftel erhalten Sozialhilfe oder eine Invalidenrente. Nur knapp die Hälfte findet wieder eine Stelle. Die erfolgreiche Stellensuche ist oft mit einer Verschlechterung der Arbeitsplatzsituation und Erhöhung der Arbeitsbelastung verbunden. Die Zahl von Personen, die weniger als 90% beschäftigt sind und mehr arbeiten möchten, stieg offiziell von 192'000 Personen (1991) auf 275'000 Personen (2008). Nach der früheren Berechnungsmethode wären es sogar 450'000 Personen (Streckeisen, 2012). Das Ausbildungsniveau hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitslosenquote. Sie ist bei den Erwerbsfähigen ohne postobligatorische Ausbildung mindestens doppelt so hoch wie bei jenen mit einem Abschluss auf der Tertiärstufe. Ein weiterer Faktor ist die Migration. Von den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund sind 3,1% arbeitslos. Die Quote bewegt sich bei jenen mit Migrationshintergrund um 8%. (Bundesamt für Statistik, 2012)

### 4 Prekär beschäftigt

Die Prekarität bezieht sich auf die Instabilität und die Fragilität von Arbeits- und Lebenslagen. Sie reagiert auf Verunsicherung gegenüber der Zukunft und bündelt Risiken, die zur Armut und zur Exklusion führen können. Thomas Huonker (2012)



bezeichnet die Prekarität als Sammelname für all jene, meist jüngeren Arbeitskräfte, die sich von einem schlecht bezahlten Praktikum ins andere hangeln. Sie arbeiten auf Abruf und besetzen Teilzeitstellen, die permanent anders verteilt, reduziert oder ganz abgeschafft werden können. Für viele Arbeitnehmende ist diese chronische Unsicherheit lebensprägend. Sie wird auch oft als Scheinselbständigkeit getarnt. Es gibt jedenfalls eine wachsende Zahl von Beschäftigten, die, meist vom selben Arbeitgeber, nur noch temporär während einiger Monate angestellt werden. Und dies über Jahre hinweg.

Prekär beschäftigt sind rund ein Zehntel der Arbeitnehmenden. Ihre Arbeit ist sozial- und arbeitsrechtlich schlecht abgedeckt und niedrig entlohnt. Das verunmöglicht eine längerfristige (Lebens-)Planung. Unternehmerische Marktrisiken und Profite haben Vorrang. Die prekäre Beschäftigung äussert sich branchenspezifisch. Als temporäre Arbeit kompensiert sie in der Exportindustrie diverse Auftragschwankungen. Im Baugewerbe unterläuft sie GAV Bestimmungen. Im Dienstleistungssektor und verarbeitenden Gewerbe senkt die Arbeit auf Abruf die Kosten. Staatliche Interventionen wie das Reduzieren der Zumutbarkeitsregelungen zur Aufnahme einer Tätigkeit tragen dazu bei, prekäre Verhältnisse der Beschäftigung zu legitimieren.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Personenfreizügigkeit verschärfen die Konkurrenz zwischen Arbeitnehmenden. Das Aufbrechen der Solidarität innerhalb der Belegschaft nutzen die Unternehmen für ihre Interessen aus. So können prekäre Beschäftigungsformen für eine wachsende Zahl von Arbeitnehmenden zu einem Dauerzustand werden. Prekarität tritt besonders in Form von Arbeit auf Abruf und Heimarbeit ohne festgelegte Stundenzahl auf. Die prekären Arbeitsverhältnisse schüchtern Vollzeitbeschäftigte ein. Auch bei Schweizer Traditionsfirmen wie SBB, Post, Swiss Air Lines, Sulzer, Landis & Gyr gilt keine Arbeitsplatzsicherheit mehr. (Huonker, 2012) Die Lage der Arbeitnehmenden ist ebenfalls prekär, wenn ihre Arbeit nicht von Belang, schlecht bezahlt und innerhalb des Unternehmens wenig anerkannt ist. Fehlende Wertschätzung schlägt sich im Gefühl nieder, mehr oder weniger unnütz zu sein. So verweist die Prekarität auf tief greifende Wandlungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsorganisation, die Menschen mehr Flexibilität abverlangen.

## 5 Erwerbstätig und arm

Man kann eine Armut auch herbei studieren. So oder ähnlich argumentiert, wer Armut tabuisiert oder weg definiert. Wer erwerbstätig und arm ist, gilt als Working Poor. Das Bundesamt für Statistik (2011) zählt jene Haushalte als „werk­tätig und arm“ (working poor), die mit einer Erwerbstätigkeit von über 90% einen Lohn erarbeiten, der unter dem Ansatz der Sozialhilfe liegt. In der Schweiz beträgt dieser Ansatz gemäss SKOS für eine alleinstehende Person 986 Franken pro Monat. Dies nach Abzug der Ausgaben für Miete und Gesundheit. Die vom BFS angewandte Definition von Working Poor vernachlässigt mit betroffene Kinder und Haushaltsangehörige sowie Alleinerziehende, die wegen ihren Betreuungsaufgaben weniger als 90% erwerbstätig sind. Werden sie einbezogen, verdoppelt sich die Zahl der Armen. Wie viele Arme es offiziell gibt, hängt offensichtlich von der Definition ab.

Ein Grund für die hohe Zahl der Working Poor ist das weit gehende Stagnieren der Löhne seit 1988. Die OECD-Statistiken weisen zwar immer wieder aus, wie die Löhne nominell und durchschnittlich steigen. Aber das ist trügerisch. Wenn wir die freien verfügbaren Einkommen (nach Abzug der Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Mieten und Gesundheitskosten) anschauen, dann zeigt sich, wie die Löhne bei den untersten 10% seit den 1990er-Jahren teilweise sogar zurück gegangen sind. Laut einer Gewerkschaftsstudie (Lampart, 2011) nehmen die Löhne im oberen Bereich der Lohnverteilung weiter zu. 400'000 Werktätige verdienen weniger als 20 Franken pro Stunde beziehungsweise 4'000 Franken im Monat. Zu den Working Poor gehören in der Schweiz je nach Erhebungsart 6% bis 12% der Arbeitnehmenden. Betroffen sind vor allem Einelternfamilien, kinderreiche Familien und Migrierte. Niedrige Löhne zahlen das Gastgewerbe, der Detailhandel sowie der (persönliche) Dienstleistungssektor.

## 6 Soziale Risiken

Die soziale Sicherung der Schweiz gilt im internationalen Vergleich als relativ gut. Sie wurde über Jahrzehnte vor allem von gewerkschaftlichen, sozialistischen, christlichen und feministische Bewegungen erkämpft. Die soziale Sicherung orientiert sich allerdings einseitig an der Erwerbsarbeit und an so genannten Normalbiographien. Sie hält mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt und vernachlässigt biographische Brüche sowie die zunehmende Zahl von Alleinlebenden und Alleinerziehenden. Trotz steigendem Reichtum sinkt die Bereitschaft, Mittel für die soziale Sicherung bereit zu stellen.

Die reiche Schweiz gibt seit dem Jahr 2004 weniger Anteile des Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherung aus. Die Sozialleistungsquote sank von 22,3% (2005) auf 20,5% (2008). Und selbst im schwierigsten Jahr (2009) überstiegen die Einnahmen (150 Mrd. Franken) die Ausgaben (133 Mrd. Franken). Und seit 2010 steigen die Einnahmen wieder stärker als die Ausgaben. Das weist das Bundesamt für Sozialversicherung (2012) deutlich aus. Die soziale Sicherheit trägt sich selbst. Aktuelle Debatten erwecken jedoch den Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentabel sind bzw. „rentieren“ und über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze schaffen. Die mangelnde Bereitschaft, das System der sozialen Sicherung dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen und auszuweiten, führt jedenfalls dazu, dass wieder mehr Menschen ihre existenziellen Bedürfnisse kaum befriedigen können.

## 7 Gesundheitlich beeinträchtigt

Wer keine oder eine schlecht bezahlte Arbeit hat, ist häufiger krank. Arbeitslosigkeit erhöht die Morbidität und Mortalität sowie den Bedarf an ärztlicher Versorgung. Das Risiko, schwer zu erkranken, vorzeitig zu sterben oder einen Unfall zu erleiden ist für Arbeitslose in jeder Lebensphase signifikant höher. Im Unterschied zu vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Erwerbslose häufiger Suizidversuche. Lebenspart-

nerinnen und Kinder zeigen mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Infektionen und chronische Erkrankungen häufen sich. Arbeitslosigkeit erhöht das Risiko – von Aids bis zu Zahnschäden. Arbeitslosigkeit macht krank.

Das psychische Wohl leidet aber auch bei vielen Beschäftigten. Nur 13% der Arbeitnehmenden geben in der Schweiz an, keinen beruflichen Stress zu spüren (Seco, 2011). 86% Prozent berichten über Stress, der sich durch kompensatorische Tätigkeiten in der Freizeit wieder abbauen liesse. 34% fühlen sich häufig oder sehr häufig gestresst. In den letzten Jahren haben sich offenbar auch die Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen erhöht. (Bundesamt für Sozialversicherungen, 2011) Sie werfen die Frage nach sozialen Bedingungen psychischer Belastungen auf. Einzelne Berichte in den Medien sprechen mögliche Zusammenhänge sehr direkt an. „Patient Seele“ titelt beispielsweise „Der Spiegel“ (1/2012). Er verweist darauf, wie das hektische Leben am Limit gerade auch bei Ärzten und beim Pflegepersonal zunehmend zu Burnout führe. Stress mit der Arbeit erscheint als Volkskrankheit mit erheblichen psychischen Folgen. „Das Magazin“ (9/2012) beschreibt den „König Krebs“ sogar als pathologischen Spiegel unserer eigenen Existenz. Und laut „TagesWoche“ (10/2012) erkrankt in der Schweiz jede fünfte Person im Laufe ihres Lebens an einer klinisch relevanten Depression. Soweit einzelne Befunde. Sie weisen darauf hin, wie Belastungen mit der Arbeit die Gesundheit beeinträchtigen können. Diese häufen sich insbesondere bei niedrigen Einkommen und bei Arbeitslosen.

Die Depression ist seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein weit verbreitetes Symptom. Auch für die Schwierigkeit, sich selbst zu sein. Mit fehlenden Sicherheiten und dem schwindenden Einfluss bedeutender Institutionen, die – wie Familie und Schule – zentrale Normen und Werte vermitteln, ist das Individuum zum eigenen „Meister seines Schicksals“ geworden. Es scheint fast allein für die Erfolge in seinem Leben und auch dafür verantwortlich zu sein, ob und welche Arbeit es hat. Wer arbeitslos ist, leidet damit, obwohl strukturell bedingt, umso mehr unter der Zuschreibung, selber schuld zu sein (Mäder & Schmassmann, 2012).

Die Definition psychischer Erkrankungen wie Burnout und Depression und deren Ursachen ist ein ständiger Ort von Interessenkonflikten und hängt massgebend von den eingenommenen Perspektiven ab. Im September 2008 führte das französische Meinungsforschungsinstitut IFOP bei 1001 Mitarbeitenden und 604 Personalverantwortlichen eine interessante Umfrage durch. Die Mitarbeitenden nannten folgende Gründe für die Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit: erstens mangelnde Anerkennung, zweitens die Erhöhung der Arbeitsbelastung, drittens zunehmende bürokratische Kontrolle von Arbeit, viertens Sorgen um die berufliche Zukunft und fünftens abnehmende Solidarität unter den Arbeitskollegen. Die befragten Personalverantwortlichen erwähnten hingegen „Probleme im Privatleben“ als wichtigsten Grund.

## 8 Finanz getrieben

Eine erste Form von Prekarität entstand bereits durch die frühkapitalistische Lohnarbeit. Das wirtschaftliche System benötigte eine subproletarische Reservearmee. Sie ermöglichte die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitnehmenden. Fachkräfte konn-

ten sich über diese Prekarität erheben. Eine gewisse Entprekarisierung brachten die fordistische Wende und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen. Das „Regime der organisierten Zeit“ (Dörre, 2009), in dem das Leben in gewissen Grenzen planbar erschien, integrierte und disziplinierte die arbeitende Klasse. Die Vollbeschäftigung kam mit eher marginaler Prekarität aus. Der florierende Kapitalismus schien keine Reservarmee mehr zu benötigen, behandelte aber vor allem Frauen und Migrierte als „Konjunkturpuffer“. So häuften sich auch mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er- und 1980er-Jahre Bilder von der liebenden Mutter, die am Herd eine Suppe für ihre Kinder zubereitet.

Heute ist die fordistische Gestalt mit eher marginaler Prekarität weitgehend passé. Seit den 1990er-Jahren setzte sich vor allem ein finanzkapitalistisches Regime durch, das die Kapitalakkumulation mit flexiblen Produktionsmodellen forciert und bei der Produktion zeitliche Zyklen verkürzt. Klaus Dörre (2009) sieht hier eine wesentliche Ursache für eine neue Prekarisierung. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind zu Restgrößen verkommen. Sie werden flexibel an fremd bestimmte Auftragslagen angepasst. Geplante Gewinnmargen geben den Ton an. Finanzmarkt und Prekarität sind somit zwei Seiten einer Medaille. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entspricht dieser Logik. Sie beeinflusst auch die Politik, die staatliche Verwaltungen nach dem Prinzip des New Public Management konzipiert und Marktmechanismen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen reproduziert. Ein neuer Geist des Kapitalismus kennzeichnet das finanzgetriebene Regime. Er ideologisiert die Freiheit und forciert die Restrukturierung im Namen von Eigenverantwortung. In der Schweiz hat zwar die Mehrzahl der Beschäftigten formal gesicherte Arbeitsplätze. Gleichwohl vollzieht sich ein Übergang von marginaler zu disqualifizierender und diskriminierender Prekarität. Die Prekarisierung ist je länger desto weniger eine Exklusion sozial Randständiger.

## 9 Von der Anpassung zur Widerständigkeit

Was machen Menschen aus dem, was die Gesellschaft aus ihnen macht? So lautet eine quasi existenzphilosophische Frage. Sie stellt sich auch im Anschluss an die skizzierten Prozesse der Prekarisierung. Viele sozial Benachteiligte fühlen sich relativ stark für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Sie erwecken nach außen den Anschein, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Etliche Anzeichen weisen jedoch darauf hin, dass sich resignative Haltungen teilweise in Empörung verwandeln (Kutzner, Mäder & Knöpfel, 2004; Kutzner, Mäder, Knöpfel, Heinzmann, & Pakoci, 2009). Das mag mit Informationen über abgehobene Managerlöhne und persönlichen Erfahrungen mit der Erwerbsarbeit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Working Poor, die immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Und bei den Vermögern verhält es sich noch viel krasser. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen in der Schweiz über mehr Nettovermögen als der grosse Rest (Credit Suisse, 2010).

Die Wut über soziale Gegensätze wirkt sich offenbar recht unterschiedlich aus. Sie fördert zum einen die Bereitschaft, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen; zum

ändern erhöht sie auch die Gefahr, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben. Das ist gefährlich und ein weiteres Argument dafür, die soziale Sicherung und demokratische Teilhabe auszuweiten. Zum einen gilt es, Arbeit und Erlös gerechter zu verteilen; zum andern sind Erwerbsarbeit und Einkommen teilweise voneinander zu entkoppeln - wie von Theo Wehner postuliert, der sich seit Jahren eindrücklich dafür engagiert. So lebt eine alte, bereits von Erich Fromm angeregte Idee neu auf. Alle Mitglieder einer Gemeinschaft erhalten ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die existentiellen Bedürfnisse befriedigen und die gesellschaftliche Teilhabe fördern soll.

Das Grundeinkommen ist als individueller Rechtsanspruch konzipiert, ohne Arbeitszwang und ohne Nachweis einer Bedürftigkeit. Ich freue mich - trotz einzelnen Vorbehalten - über die aktuelle Debatte und skizziere hier einen Vorschlag, der die erkämpfte soziale Sicherheit nicht unterläuft, sondern ausweitet. In der Schweiz haben wir zwar ein relativ gut ausgebautes System der sozialen Sicherheit, das allerdings mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt hält. Obwohl Alleinlebende, Alleinerziehende und Patchwork-Haushalte zunehmen, richtet sich die soziale Sicherung auf klassische Familien und auf so genannte „Normalbiographien“ aus, die es je länger desto weniger gibt. Zudem ist das System sehr einseitig erwerbsorientiert. Wer arbeitslos und ausgesteuert ist, fällt jedoch durch die Maschen. Und die Sozialhilfe muss immer mehr auffangen, was wirtschaftliche Unternehmen und soziale Versicherungen vernachlässigen. Ein Systemwechsel drängt sich deshalb auf, der die Erwerbsarbeit und das Einkommen zumindest teilweise voneinander entkoppelt. Aber wie könnte das aussehen?

## 10 Grundeinkommen für alle

Ich skizziere hier verschiedene Möglichkeiten eines Grundeinkommens und begründe dann den von mir favorisierten Vorschlag. Eine erste Variante des Grundeinkommens will allen Erwachsenen monatlich 1'500 Franken bezahlen. Dies im Sinne eines Grundlohns. Aber aufgepasst: Wer erwerbslos ist, kommt damit auf keinen grünen Zweig. Und Menschen mit Behinderungen bräuchten weitere Transferleistungen. Die zusätzlichen Kosten würden die Gefahr erhöhen, soziale Ausgaben auf private Träger abzuwälzen. Ein zweiter Vorschlag postuliert, monetaristisch motiviert, eine negative Einkommenssteuer. Das Prinzip ist einfach: Der Staat garantiert allen Haushalten ein Grundgehalt von 3'000 Franken. Hat ein Haushalt kein eigenes Einkommen, bekommt er diesen Betrag direkt ausbezahlt. Hat er ein eigenes Einkommen, dann erhält er nicht nur die Differenz, sondern noch einen Zusatz, damit ein Anreiz zur Lohnarbeit besteht. Die Veranschlagung basiert auf der klassischen Steuererklärung. Wer mehr als 6'000 Franken verdient, muss einen Betrag für die negative Einkommenssteuer abgeben, die dann alle bestehenden Wohlfahrtsleistungen ersetzt. Etliche private Unternehmen befürworten diese Variante. Zum einen aus Kostengründen; zum andern, weil sie so einfacher Arbeitskräfte entlassen können. Problematisch ist an beiden Varianten, dass sie keine Existenzsicherung garantieren.

Die fehlende Existenzsicherung ist auch ein Problem bei der Eidgenössischen Initiative, die, im Frühjahr 2012 lanciert und im Herbst 2013 eingereicht, durchaus wertvolle Debatten provoziert. Die Initiative ist sehr offen formuliert. Sie verlangt ein



Bedingungsloses Grundeinkommen, das ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen soll. Die Finanzierung und Höhe des Betrages sollen später gesetzlich geregelt werden. Das könnte dazu führen, bestehende soziale Sicherheiten abzubauen. Zudem schlagen tragende Kreise vor, das Bedingungslose Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren. Und das würde die einfache Bevölkerung stärker belasten als progressive Steuern, die eine soziale Umverteilung fördern.

Damit die soziale Sicherheit gewährleistet ist, schlage ich eine weitere Variante eines Grundeinkommens vor, das an die vorhandene soziale Sicherung anknüpft und die Ergänzungsleistungen ausweitet. Wer bei uns pensioniert ist, bekommt eine Altersrente. Und wer eine Behinderung hat, erhält eine Invalidenrente. Wenn diese Renten nicht ausreichen, kommen die Ergänzungsleistungen zum Tragen. Sie garantieren, dass eine Einzelperson nach Abzug der Ausgaben für das Wohnen und für die Gesundheit monatlich noch mindestens rund 1'500 Franken zur freien Verfügung hat. Leben mehrere Personen zusammen, dann erhöht sich der Betrag nach den gesamten Lebenskosten. Ich schlage nun vor, allen Haushalten die Existenzsicherung über diesen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu garantieren. Der Ansatz liegt bei einer Einzelperson rund 500 Franken über demjenigen der Sozialhilfe. Die zusätzlichen Kosten kämen für alle Familien mit Kindern auf keine vier Milliarden Franken zu stehen. Dieser Betrag liegt unter einem Promille der Vermögen, die Schweizer Banken derzeit verwalten. Geld ist also genug vorhanden, aber der politische Wille fehlt noch. Trotz guter Argumente. So könnte der Ausbau der Ergänzungsleistungen die Sozialhilfe erheblich entlasten. Zudem gäbe das Recht auf Ergänzungsleistungen vielen Menschen mehr Unabhängigkeit und Rückhalt, um Neues auszuprobieren und sich sozial, ökologisch oder kulturell zu engagieren.

Diese dritte Variante eines garantierten Grundeinkommens ist einfach realisierbar und baut die soziale Sicherung real aus. Über progressive Steuern finanziert, fördert sie auch die Umverteilung von oben nach unten und den sozialen Ausgleich. Bei den andern Varianten besteht hingegen die Gefahr, die soziale Sicherung zu unterlaufen. Vor allem, wenn das Grundeinkommen, über den Konsum finanziert, die sozialen Versicherungen ersetzt und die Lohnkosten absenkt, um angeblich mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Krankenschwester bekäme bei dieser marktliberalen Variante keine 3'000 Euro mehr, sondern nur noch etwa 1'500 Euro. Und die Unternehmen würden wohl einerseits den Wettbewerb forcieren und sich andererseits kartellmässig arrangieren und die eingesparten Lohnkosten nur teilweise an die Konsumierenden abgeben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten jedenfalls für die Ausbildung, das Wohnen und die Gesundheit wesentlich höhere Preise bezahlen. Und die Konkurrenz um knappe Güter würde die Anreize für Arbeit und Konsum erhöhen. So lautet auch hier die marktliberale Rechtfertigung. Was dabei fehlt, sind kritische Überlegungen dazu, wie die Wirtschaft und das Privateigentum ihre Macht konzentrieren und von der Konsumsteuer profitieren. Denn diese entlastet die hohen Einkommen, statt die niedrigen! Damit stünden auch für soziale Aufgaben weniger Mittel zur Verfügung. Zudem verkennt die finanzkapitalistische Logik den Wert sozialstaatlicher Einrichtungen. Diese fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sie finanzieren sich selbst. Die von mir vorgeschlagene Ausweitung bedingungslos gewährter Ergänzungsleistungen knüpft an die erkämpften sozialen Errungenschaften an. Sie ermöglicht als dritte Variante eines Grundeinkommens mit einer guten sozialen Infrastruktur allen Bürgerinnen

und Bürgern mehr individuelle Freiheiten. Dies in Ergänzung zu sozialen Versicherungen und einem existenzsichernden Mindestlohn, der unabdingbar die eingangs dargelegte missliche Lage von erwerbstätigen Armen verbessern muss.

## 11 Utopie ist Teil der Realität

Aber was geschieht, wenn wir, wie skizziert, eine garantierte Existenzsicherung haben? Theo Wehner und ich haben darüber in einem stimmigen Zwiegespräch darüber diskutiert (Schmidt & Häni, 2012). Ja, wer will, wenn seine Existenz gesichert ist, überhaupt noch „malochen“ und unangenehme Arbeiten verrichten? Das ist eine Frage, die häufig gestellt wird. Im globalen Kontext lässt sich zunächst auf über eine Milliarde Jugendliche hinweisen, die in den nächsten Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen. Sie suchen alle eine Erwerbstätigkeit. Es ist also unwahrscheinlich, dass die Arbeitskräfte ausgehen. Hinzu kommt: In der Schweiz sind über vier Fünftel der Arbeitsfähigen erwerbstätig. Die Arbeit hat einen hohen Stellenwert. Selbst viele Ältere wollen weiterhin Lohnarbeit verrichten. Denn diese vermittelt Selbstwert und Befriedigung. Das dürfte auch nach einem Ausbau der Grundsicherung so bleiben, wobei weniger Erwerbsarbeit (und Umwelt belastende Ramschproduktion) mehr Raum für kreative Selbsttätigkeit, für soziale Beziehungen und demokratische Teilhabe böten.

Wenn Menschen von früh bis spät erwerbstätig sind, hat das seinen Preis. Ich denke etwa an Väter, die vor lauter Arbeit ihre Kinder fast vergessen. Eine garantierte Existenzsicherung könnte zudem helfen, unattraktive Arbeiten besser zu verteilen und zu bezahlen. Ein garantiertes Grundeinkommen könnte auch Betreuung- und Erziehungsaufgaben aufwerten, die heute wenig gesellschaftliche Anerkennung finden. Das wäre ein weiterer Grund, um die Ergänzungsleistungen auszubauen und - System sprengend - bedingungslos zu gewähren. Wobei auch hier die Umsetzung nicht dazu führen darf, die Löhne tief zu halten und die Preise anzuheben. Sonst besteht die Gefahr, dass die öffentliche Hand die niedrigen Löhne subventioniert. So hat auch die dritte Variante mit den Ergänzungsleistungen ihre Tücken. Sie dynamisiert aber die oft kleinlich geführten Debatten über Reformen der sozialen Sicherung. Wichtig ist jedenfalls ein struktureller Systemwechsel, der die marktgängige Konkurrenzlogik kontrastiert und allen Menschen soziale Sicherheit garantiert.

Menschen sind soziale und lernfähige Wesen. Sie brauchen nicht ständig angetrieben oder mit Anreizen geködert zu werden. Die garantierte Existenzsicherung hilft ihnen, mehr selber zu bestimmen, was sie wollen. Wer sozial gesichert lebt, fragt sich auch eher, was eigentlich wichtig ist im Leben. Es geht doch nicht darum, alles immer schneller drehen zu lassen und permanent Angst besetzt die Effizienz zu optimieren. Ich freue mich, wenn es gelingt, die Utopie eines sozialen (und nicht marktliberalen) Grundeinkommens mehr in die Realität zu integrieren und unsere einseitige Orientierung an der Erwerbsarbeit klar zu kontrastieren.

## Literatur

- Bundesamt für Sozialversicherungen (2012). *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik*. Bern: EDI.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2011). *IV-Statistik 2010*. Bern: EDI.
- Bundesamt für Statistik (2013). *Erwerbslosenquote (gemäss ILO) und Unterbeschäftigung gemäss SAKE*. Neuenburg: EDI.
- Bundesamt für Statistik (2012). *Schweizer Arbeitskräfteerhebung*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2011). *Regionale Disparitäten in der Schweiz*. Neuenburg: EDI.
- Credit Suisse (2010). *Global Wealth Databook*. Zürich.
- Dörre, K. (2009). Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In R. Castel & K. Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts* (S. 35-64). Frankfurt, New York: Campus.
- Huonker, T. (2012). Arbeitsbedingungen. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Verhältnisse. *Panorama*, 3.
- Kutzner, S., Mäder, U. & Knöpfel, C. (2004). *Working poor in der Schweiz – Wege aus der Abhängigkeit*. Zürich: Rüegger.
- Kutzner, S., Mäder, U., Knöpfel, C., Heinzmann, C. & Pakoci, D. (2009). *Sozialhilfe in der Schweiz*. Zürich: Rüegger.
- Lampart, D. (2011). *Kein Dumping durch Temporäranstellungen! Gleiche Arbeitsbedingungen auch bei Temporärarbeit*. Bern: Schweizerischer Gewerkschaftsbund.
- Mäder, U. & Schmassmann, H. (2012). Soziale Bedingungen psychischer Belastungen: Flexibilität, Individualität und Prekarität. *Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie*, 5, 187-191.
- Mäder, U., Jey, G. A. & Schilliger, S. (2010). *Wie Reiche denken und lenken*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Schmidt, E. & Häni, D. (2012). *Professoren sprechen über das Grundeinkommen*. Film, Basel.
- SECO (Hrsg.) (2011). *Stressstudie 2010. Stress bei Schweizer Erwerbstätigen*. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft.
- Streckeisen, P. (2012): Steigende Erwerbslosigkeit und Prekarität in der Schweiz. Das Ende eines »Sonderfalls«. In K. Scherschel, P. Streckeisen & Krenn, M. (Hrsg.), *Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik - europäische Länder im Vergleich* (S. 47-74). Frankfurt am Main: Campus Verlag.